

Zu viele „Dublin-Fälle“

ASYLANTRÄGE Minister ziehen Bilanz 2016

Jennifer Muller

In Luxemburg beantragten seit Januar dieses Jahres 522 Menschen Asyl. Unter den Asylbewerbern bereiten jedoch die „Dublin-Fälle“ den Behörden sowie den Aufnahmeeinrichtungen Kopfzerbrechen.

Gestern zogen Immigrationsminister Jean Asselborn (LSAP) und Integrationsministerin Corinne Cahen (DP) Bilanz zur Situation der Flüchtlinge in Luxemburg im vergangenen Jahr. 2016 beantragten laut vorgelegten Zahlen 2.035 Menschen hierzulande Asyl. Zwischen Januar und März dieses Jahres wurden bereits 522 neue Asylanträge eingereicht.

Die meisten Asylanträge 2016 stammten von Syrern. An zweiter und dritter Stelle stehen Albanien und Kosovo. 2017 ändert sich das Bild. Bisher gingen zahlreiche Anträge von Menschen aus Serbien ein, vor Syrien. Insgesamt sei die Zahl der Flüchtlinge aus dem Balkan weiterhin recht hoch, bestätigte Asselborn.

Luxemburg werde zudem aktuell mit zu vielen „Dublin-Fällen“ konfrontiert, so Asselborn. Insgesamt habe man 2016 fast 620 Flüchtlinge in Luxemburg empfangen, die unter das Dublin-Abkommen fallen, darunter vor allem Menschen aus Marokko oder Algerien, so Asselborn. Laut Dublin-Abkommen müssen diese Menschen ihren Antrag in dem EU-Land stellen, das sie zuerst betreten haben.

Die recht hohe Anzahl an „Dublinern“ stelle ein Problem für die Unterkünfte dar, bestätigte Integrationsministerin Cahen. Um dieser Situation entgegenzuwirken, wird die Erstaufnahmeeinrichtung auf Kirchberg in eine Art „Centre de rétention“ umgewandelt. Dieses soll ab 1. April in



Jean Asselborn und Corinne Cahen erläutern, dass die zahlreichen „Dublin-Fälle“ zur Überfüllung der Flüchtlingsheime führt

Betrieb gehen, betonte Asselborn. Die betroffenen Asylbewerber müssen sich einer beschleunigten Prozedur unterziehen. Während dieser Zeit werden sie

auf Kirchberg untergebracht. Diese Einrichtung wird laut Asselborn nun optimiert. Zudem unterliegen die dort untergebrachten Personen strengeren

Vorschriften als in anderen Unterkünften. Sie können sich tagsüber frei bewegen. Allerdings sind sie verpflichtet, sich zwischen acht Uhr abends und acht

Uhr morgens in der Unterkunft aufzuhalten. Um dies zu kontrollieren, wird ihre An- und Abwesenheit aufgezeichnet, erläuterte Asselborn. „Wer gegen diese Regelung verstößt, wird umgehend in das 'Centre de rétention' auf Findel verlegt“, so Asselborn.

Die dort untergebrachten Flüchtlinge werden von Psychologen und Sozialarbeitern betreut werden. Man hoffe hiermit, mehr Platz in den anderen Unterkünften schaffen zu können, damit Luxemburg weiterhin Flüchtlinge aufnehmen kann, so Corinne Cahen und Jean Asselborn.

Asselborn nutzte die Gelegenheit, um dem Gerücht entgegenzuwirken, wonach das Immigrationsministerium Asylanträge von Menschen bestimmter Nationalitäten, meist Iraker, ablehnen würde. Das Ministerium begutachte jeden Antrag einzeln und schließe niemanden aufgrund seiner Nationalität oder Herkunft aus. Menschen aus dem Irak, denen in ihrer Heimat Folter drohe oder die aus einer bestimmten Region stammten, werden sicher in Luxemburg angenommen, meint der Integrationsminister.

2017 und 2018 sollen zusätzliche Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt werden. Dieses Jahr werden neue Einrichtungen in Bettendorf, Zolver (früheres Altenheim) und Mühlenbach eröffnet oder modernisiert, so Cahen. Da die Einwanderungsrate konstant hoch bleibt, sei es wichtig, über das Jahr 2017 hinaus zu planen. 2018 werden weitere Einrichtungen auf dem „Valeriusshaff“ zwischen Tandel und Diekirch, im Escher Neudorf, in Käerjeng, in Bridel und in Weilerbach (Hotel Schumacher) folgen. Dorthin werden die Flüchtlinge aus der aktuellen Unterkunft transferiert, damit das dort bestehende Flüchtlingsheim renoviert werden kann.

Weniger Asylanträge

- 2016 wurden 2.035 Asylanträge eingereicht. 2015 waren es noch 2.447.
- 764 Anträge wurden genehmigt. Diese Zahl lag in den Jahren davor meist um die 200.
- Dieses Jahr haben bereits 153 Personen den Status erhalten.
- Unter den Asylanträgen befanden sich 617 „Dublin-Fälle“.
- Innerhalb der normalen Prozedur wurden 212 Anträge abgelehnt. Bei der „procédure accélérée“ waren es 226 Ablehnungen.
- 27 Prozent der Asylbewerber stammten 2016 aus Syrien.

Zu hohe Hürden für angehende Lehrer

GRUNDSCHULE Für SEW sind drei Jahre Stage-Zeit zu lang

Lena Butnyk

Das Syndikat Erziehung und Wissenschaft (SEW) des OGBL ist mit der Verlängerung der Stage-Zeit für angehende Grundschullehrer überhaupt nicht zufrieden und machte gestern auf einer Pressekonferenz seinem Ärger Luft.

Die Verlängerung der Stage-Zeit von zwei auf drei Jahre wurde im Rahmen der Reform des öffentlichen Dienstes vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der CGFP („Confédération générale de la fonction publique“) initiiert. Außerdem soll der Stagiaire ausführlicher kontrolliert werden.

Zu viel Druck und Angst vorm Scheitern

Laut OGBL/SEW bringe diese Änderung jedoch nur Probleme mit sich. Die Stagiaires würden in dieser Zeit regelrecht überfordert. Ihnen würde gleich zu Beginn zu viel Verantwortung übertragen. Zudem sei die Angst vorm Scheitern ständig präsent, was den Druck deutlich erhöhe.

Das SEW kritisierte auch die widersprüchliche Rolle des „Conseil pédagogique“ (CP). Einerseits würde er als eine Art Vertrauensperson dem Stagiaire mit Rat und Tat zur Seite stehen, andererseits aber seinen Schützling auf kontinuierlicher Basis bewerten und über seine Fähigkeiten als Lehrer urteilen. Infolgedessen sei es verständlich, dass die Anwärter ihre vermeintlichen Schwächen nicht offen zeigen oder ansprechen wollen, da sie Angst davor hätten, dies könnte sich negativ auf ihre Bewertung auswirken. Das Einsetzen eines CP sei somit ganz und gar kontraproduktiv, da es das Misstrauen zwischen Stagiaire und Tutor fördere, so das SEW.

Darüber hinaus sind die angehenden Lehrer dazu verpflichtet, wöchentlich Kurse des IFEN („Institut de formation de l'éducation nationale“) zu besuchen. „Doch der Praxisbezug in diesen Kursen fehlt komplett“, so Patrick Arendt vom SEW, der die Kurse für reine Zeitverschwendung hält. Hier werde bloß die bereits im Studium erlernte Theorie wiederholt.

Des Weiteren erklärte Arendt, dass die angehenden Lehrer bereits ausreichend Hürden überwinden müssten, wobei das vier-

jährige Studium anspruchsvoll genug sei.

Zu guter Letzt gab Monique Adam vom SEW an, dass dieses Gesetz lediglich eine Sparmaßnahme der Regierung sei. Diese sieht nämlich vor, dass die Stagiaires in den ersten zwei Jahren ihrer Stage-Zeit nur 80% des regulären Lehrergehalts bekommen. Im dritten Jahr erhöhe der Staat auf 90%.

Forderung an Minister Claude Meisch

Laut SEW würde diese Gesetzesänderung schwerwiegende Folgen mit sich bringen. Die angehenden Lehrer könnten sich nicht voll und ganz auf das Unterrichten der Klassen konzentrieren, da man ihnen viele andere Aufgaben aufdrücke. Somit könne die Qualität des Unterrichts nicht mehr gewährleistet werden. „Dies ist ganz und gar nicht im Wohle der Kinder, die in solch einer Situation immer die Leidtragenden sind“, so Adam.

Zudem werfe diese prekäre Situation ein schlechtes Licht auf den Beruf des Lehrers und schreibe der Gewerkschaft zufolge potenzielle Lehrer davon ab, diesen

Berufsweg zu wählen. Dies könnte in Zukunft durchaus zu einem Mangel an Lehrkräften führen.

Aufgrund all dieser Missstände stellt die Gewerkschaft zu Recht Forderungen an Bildungsminister Claude Meisch. Sie verlangt, dass die Regierung schnell handelt und das Gesetz von Grund auf überdenkt. Die Stage-Zeit solle wieder auf zwei Jahre reduziert werden und keine Examen, die die Anwärter nur schwer meistern können, enthalten. „Die Examen während der Stage-Zeit sind sowieso sinnlos, da die Anwärter schon im Rahmen ihres Studiums reichlich Examen und praktische Arbeiten hinter sich bringen mussten“, betonte Patrick Arendt. Des Weiteren pocht die Gewerkschaft auf eine inhaltliche Erneuerung der wöchentlichen Kurse beim IFEN während der Stage-Zeit. „Wenn die Regierung unbedingt auf diese Kurse bestehen will, dann sollten diese individueller und praxisorientierter gestaltet werden“, so die Gewerkschaft.

„Im Endeffekt soll der Stage den Anwärtern einen positiven Start in die doch recht lange Karriere des Lehrers ermöglichen, anstatt ihnen die Lust auf den Beruf zu rauben“, unterstrich Arendt.

Neuer Direktor im Steuerwesen

Finanzminister Pierre Gramegna stellte gestern den neuen Direktor der Steuerabteilung des Finanzministeriums Carlo Fassbinder vor. Er ist der Nachfolger von Pascale Toussing, die zuvor an die Spitze der Luxemburger Steuerverwaltung gewechselt war.

Fassbinder begann seine berufliche Karriere 1997. Damals arbeitete er als Steuerberater für eine bedeutende Bank in Luxemburg. Seit 2011 arbeitete er als „Head of Tax Retail & Corporate Banking“.

Gute Kenntnis und Erfahrung

Minister Gramegna betonte, dass er sich auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Direktor freue.

„Carlo Fassbinder zeichnet sich sowohl durch seine tiefgreifende Kenntnis im Steuerbereich als auch durch seine Erfahrung im Management aus. Er eignet sich zur Einschätzung der Herausforderungen, denen Luxemburg hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung ausgesetzt ist“, lobte Gramegna.

jen